

„Einschnitte sind unumgänglich“

CDU, Grüne und FDP verteidigen Entscheidung, der Haushaltsvorlage zuzustimmen

Maintal (leg). – Es war schon eine ungewöhnliche Situation, dass gleich zwei langjährige Fraktionsvorsitzende am Montagabend ihre letzte Haushaltsrede in der Maintaler Stadtverordnetenversammlung hielten. Sowohl Angelika Feuerbach (CDU) als auch Peter Arendt (Grüne) werden nicht mehr für das Stadtparlament kandidieren, das am 27. März neu gewählt wird. Beide bekräftigten die Zustimmung ihrer Fraktionen zum von Bürgermeister Erhard Rohrbach (CDU) vorgelegten Haushaltsentwurf für 2011. FDP-Fraktionschef Dr. Dieter Fritz führte aus, warum seine Partei das Zahlenwerk nun doch unterstützt. Schließlich beschloss die „Jamaika“-Mehrheit den Haushalt für 2011 (siehe Titelseite).

Alle drei Fraktionsvorsitzenden bekräftigten, dass aufgrund der prekären Haushaltslage der Stadt Einschnitte unumgänglich seien. Selbst bei Einrechnung der am Ende beschlossenen Erhöhung der Grundsteuer von 350 auf 395 Prozentpunkte beläuft sich die Neuverschuldung für 2011 derzeit auf über sieben Millionen Euro. Deshalb, so Feuerbach, Arendt und Dr. Fritz, sei es dringend notwendig, dass

eine Reduzierung der Ausgaben um zehn Prozent in den Budgets aller städtischen Fachbereiche angestrebt werde.

„Die CDU bleibt nicht auf halbem Weg stehen. Im Gegensatz zu SPD und WAM sagen wir nicht nur, dass weniger ausgegeben werden muss, wir wollen es auch im Haushalt



A. Feuerbach

festschreiben. Manche reden, wir handeln“, führte Angelika Feuerbach für ihre Fraktion aus. Laut der scheidenden CDU-Frontfrau „leben wir Jahr für Jahr über unsere Verhältnisse. Wir geben Geld aus, das wir nicht haben. Bald wird unser städtisches Vermögen aufgebraucht sein. Im kommenden Haushaltsjahr werden wir allein rund 1,9 Millionen Euro an Zinsen aus-

geben“, rechnete die Bischofsheimerin vor. Dies entspricht der Summe, die durch die zehnprozentige Budgetkürzung erzielt werden soll. Die CDU habe daher frühzeitig erkennen lassen, dass eine Erhöhung der Grundsteuer ebenso wie die Reduzierung der Ausgaben in den städtischen Fachbereichen unumgänglich sei.

Sie widersprach dem Vorwurf von SPD und WAM, den Bürgern vor der Kommunalwahl nicht zu sagen, wo eingespart werden soll. „Es sind exakte Beträge genannt, welche zum Beispiel bei den Stadtläden, den Büchereien, den einzelnen Kitas oder bei den Grün- und Freizeitflächen eingespart werden müssen. Jeder kann erkennen, dass es hier Veränderungen geben wird“, ist Angelika Feuerbach überzeugt.

In diese Kerbe schlug auch Dr. Dieter Fritz, der darauf verwies, dass die finanzielle Schieflage nicht nur mit Entscheidungen von Bund und Land zu tun hätte, sondern auch in Maintal Verantwortlichkeit für finanzpolitische Entscheidungen liege: „Niemand hat uns gezwungen, unter anderem sieben Friedhöfe, vier Feuerwehrgerätehäuser, vier Bürgerhäuser, vier Stadt-



Dr. Fritz

läden und vier Stadtteilbüchereien zu unterhalten“, führte der Liberale aus. Zudem revidierte er die zuvor getroffene Ansicht seiner Fraktion, dass die Kostenreduzierung in den Budgets um zehn Prozent nicht genügend erläutert sei: „Die immer wieder geäußerte Befürchtung, das dicke Ende

folge noch, hat bei sorgfältiger Analyse keine Grundlage. Aufgrund des vorliegenden Haushaltsplans wissen die Bürger, dass in allen Bereichen mit Einschränkungen und Einschnitten zu rechnen ist, nirgends aber ein völliger Wegfall der Leistung droht.“

Laut Fritz müssten gerade aufgrund der Erfahrungen aus der Vergangenheit „klare Sparziele an die Verwaltung formuliert und diese in die Pflicht genommen werden,

zum ‚Wie‘ der Umsetzung konkrete Vorschläge zu unterbreiten“. Aufgrund der erneut horrenden Neuverschuldung, die sich selbst bei Reduzierung der Ausgaben kaum unter fünf Millionen Euro drücken lasse, führe nun auch an einer Grundsteuererhöhung, die von der FDP 2009 noch abgelehnt worden war, kein Weg vorbei. Laut Fritz habe sich seine Partei nun für „den politisch riskanteren, aber ehrlicheren Weg entschieden. Wir sagen den Bürgern bereits vor der Wahl, dass wir neben den übrigen Sparmaßnahmen angesichts der fortdauernden Überschuldung der Stadt die sicherlich schmerzliche Erhöhung der Grundsteuer für unabänderlich halten“.

Der scheidende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Peter Arendt, kritisierte zunächst

den SPD-Frontmann Karl-Heinz Kaiser ob seiner scharfen Attacke gegen die „Jamaika“-Mehrheit für den Haushaltsentwurf des Magistrats. Zugleich verwies der Grüne auf die Belastungen der Kommunen durch die politischen Entscheidungen der hessischen Landesregierung. Auch deshalb



P. Arendt

sei Maintal „finanziell am Ende“. „Wir brauchen weniger Ausgaben und einen soliden finanziellen Grundstock, um aus der Verschuldung herauszukommen. Das vorgelegte Konsolidierungsprogramm liefert dafür den richtigen Ansatz. Gemeinsam mit den Mitarbeitern der Stadtverwaltung müssen wir Maintal wieder voranbringen. Das Einsparpotenzial von 1,9 Millionen Euro ist dabei ein großes Ziel. Wo wir schließlich landen werden, wird man sehen. Auf jeden Fall ist es ein besseres Signal als Stillstand und Verweigerungspolitik, wie sie von SPD und WAM praktiziert werden“, richtete Peter Arendt heftige Kritik in Richtung Opposition. Er bekräftigte auch noch einmal das Ja seiner Fraktion zur Grundsteuererhöhung, da diese gerecht sei, da sie alle Bürger gleichermaßen treffe.

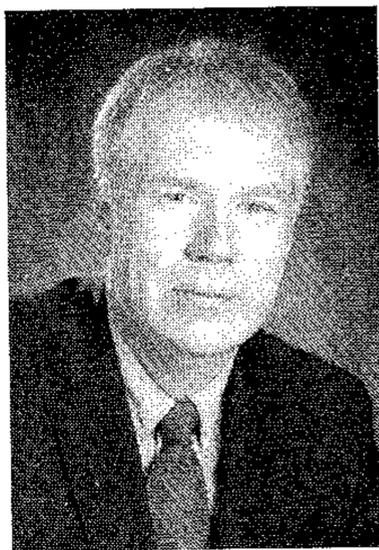
Hammer und Keule beschworen

SPD und WAM üben scharfe Kritik an Magistrat und den „Jamaika“-Fraktionen

Maintal (mf). – Im Vorfeld der Kommunalwahl am 27. März kommenden Jahres bot die Haushaltsdebatte für die Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung am Montagabend die Möglichkeit zur Generalabrechnung mit dem politischen Gegner. Vor allem die magistratsorientierte „Jamaika“-Mehrheit musste sich scharfe Worte aus den Reihen von SPD und Wahlalternative WAM für die Zustimmung zum Haushaltsentwurf und zur Anhebung der Grundsteuer anhören.

Für CDU, FDP und Grüne war das Votum für die Erhöhung des Hebesatzes um knapp 13 Prozent und die Mittelkürzung in allen städtischen Budgets der „einzig mögliche Schritt in die richtige Richtung“, wie es Monika Vogel (Grüne) formulierte.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Karl-Heinz Kaiser, warf „Jamaika“ vor, den Griff ins Portemonnaie als Verantwortung zu bezeichnen. Den vom Magistrat vorgelegten Haushaltsentwurf wertete er als Zeichen der



K.-H. Kaiser

„Handlungsunfähigkeit einer Kommune“. „Es ist stellenweise der Ausdruck von Ideenlosigkeit, mangelnder Phantasie und die Rückdelegation hauptamtlicher Verantwortlichkeit“, kritisierte er das Zahlenwerk von Kämmerer und Bürgermeister Erhard Rohrbach (CDU), den er als „schwarzen Mann, gekleidet in lange Kutte mit grün-gelben Tupfen“ bezeichnete.

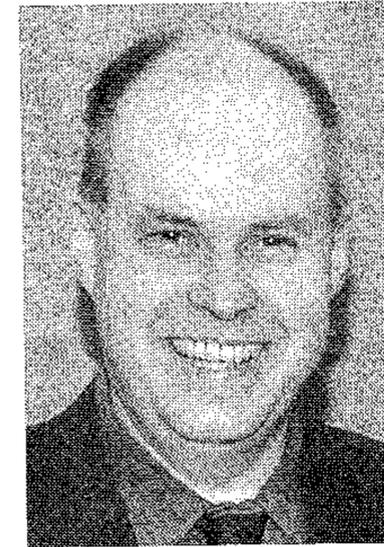
Tatsächlich war die Erhöhung der Grundsteuer kein neues Thema. Bereits im Vorfeld der Haushaltsberatungen 2009 stand eine Anhebung um 70 Prozentpunkte zur Debatte. Damals hatte die FDP die Anhe-

bung noch verhindert. Doch bereits in der ersten Jahreshälfte hatte Bürgermeister Rohrbach im Gespräch mit dem *Tagesanzeiger* darauf verwiesen, dass Maintal mit Blick auf den defizitären Haushalt um eine Erhöhung der Grundsteuer nicht herumkommen werde. Sparmöglichkeiten in den städtischen Budgets waren zu diesem Zeitpunkt noch kein Thema.

Auch nach der Verabschiedung des Haushalts liegen keine konkreten Angaben zu Maßnahmen, mit denen die zehnpromtente Einsparung erreicht werden soll, vor. „Herr Rohrbach hat die Chance versäumt, in einem kommunalen Solidarpakt auch für unpopuläre Maßnahmen eine breite Mehrheit zu suchen“, wirft Kaiser dem Christdemokraten vor. Er warnte die Bürger vor dem „großen Hammer“, der erst nach der Kommunalwahl käme.

Was der SPD der Hammer ist, das ist der Wahlalternative WAM die Keule. Wie die Sozialdemokraten, so rechnet auch die WAM damit, dass die „Jamaika“-Kooperation „erst im nächsten Jahr die schon längst geplante Streichung von Leistungen und weitere Erhöhungen von Abgaben und Gebühren bekannt“ gibt, so der Fraktionsvorsitzende Jörg Schuschkow in seiner Haushaltsrede. Das Versprechen, Kürzungen quer durch alle Fachbereiche vorzunehmen, genügt der WAM bei Weitem nicht. Sie verlangt konkrete Vorschläge – und das nicht erst jetzt. „Seit Jahren wird das Konsolidierungsprogramm fortgeschrieben, das heißt, wir alle wussten schon im vergangenen Jahr, was mit diesem Haushalt auf uns zukommt. Trotzdem wurde versäumt, die gewollte zehnpromtente Kürzung in allen Budgets konkret auszuarbeiten. Warum soll das erst im kommenden Jahr gemacht werden? Warum wurde es nicht schon seit Januar dieses Jahres erarbeitet und in den Haushaltsentwurf 2011 eingefügt“, fragte Schuschkow.

Den Vorwurf, keine eigenen Ideen zum Sparen eingebracht zu haben, wies die WAM von sich, wirbt sie doch seit Jahren für die Abschaffung des Ersten Stadtratspostens, die Erhöhung der Gewinne aus dem Verkauf von städtischen Grundstücken und den Verzicht auf die Realisierung des Sport- und Freizeitparks in der „Grünen Mitte“.



J. Schuschkow

Hier Sparmöglichkeiten zu versäumen, warf Schuschkow CDU, FDP und Grünen vor. „Die Parteien, die heute vom Sparen, Konsolidieren und von Opfern für die Bürgerinnen und Bürger reden, sind jene, die für das Millionengrab in der ‚Grünen Mitte‘ ihre Hand gehoben haben und die trotz allem auch jetzt nicht bereit sind, von diesem Projekt abzurücken.“ Denn der Haushaltsplan für das kommende Jahr sieht 4000 Euro für den Erwerb von Grundstücken in der „Grünen Mitte“ vor. Die WAM befürchtet daher, dass die Grundsteuererhöhung versickern werde. Auch die SPD ist überzeugt, dass die vom Bund beschlossene Steuerentlastung durch die Anhebung der Grundsteuer aufgezehrt werden wird. „In Berlin noch nicht gegeben und in Maintal schon genommen“, so Kaiser.

Wenig Überraschendes hielt die Verabschiedung des Haushalts bereit. Die Fronten standen bereits im Vorfeld fest und die „Jamaika“-Mehrheit hatte schon im Vorjahr dem von Bürgermeister Rohrbach vorgeschlagenen Weg zugestimmt. Einzig die Schärfe der Diskussionsbeiträge hat zugenommen und ist dem beginnenden Kommunalwahlkampf geschuldet.